

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen - Missstände in der Lebensmittelkontrolle sofort beheben

(Drs. 17/10008)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich jetzt Frau Kollegin Steinberger ans Rednerpult. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, ehrlich gesagt verstehe ich Ihre Empörung über das ORH-Gutachten gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man schon ein Gutachten in Auftrag gibt, muss man das Ergebnis auch aushalten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hätte von Ihnen genau diese Empörung erwartet, als sich herausgestellt hat, dass Sie als zuständiger Minister von Ihrem Haus falsch informiert worden sind. Da haben Sie keine Empörung gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gutachten des Obersten Rechnungshofs liest sich wie eine Watschn für das Umweltministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles, was wir schon seit Langem vermutet und kritisiert haben, stellt sich nun als wahr heraus. Wer ist für diese Missstände verantwortlich? – Das ist nicht nur die Ministerin Scharf, die diesen Scherbenhaufen eigentlich wieder zusammenkehren müsste. Verantwortlich sind auch ihre Vorgänger, nämlich die Minister Söder und Huber. Das muss man namentlich benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Bayern-Ei-Skandal hat klargemacht, dass mit der Lebensmittelkontrolle in Bayern etwas nicht stimmen kann. Mich wundert es schon sehr, dass das nur der Opposition aufgefallen ist und keinem der Verantwortlichen im Ministerium und beim LGL. Hätten Sie gleich auf uns gehört und nicht stur alle unsere Argumente unserer Anträge abgetan, wäre Ihnen die Schmach des vernichtenden ORH-Urteils erspart geblieben. Ich verweise auf unsere Anträge und Minderheitenvoten der letzten Untersuchungsausschüsse. Davon gab es schon mehrere. Als Konsequenz aus dem Gammelfleisch-Skandal haben wir schon im Jahr 2006 eine Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle gefordert. Hätten Sie nur damals auf uns gehört!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie oft haben wir uns hier in diesem Haus anhören müssen, dass bei der Lebensmittelkontrolle alles nach Recht und Gesetz vonstattengeht! Der Opposition wurde Unsachlichkeit und Profilierungssucht vorgeworfen, weil wir genau das kritisiert haben, was auch der Oberste Rechnungshof jetzt festgestellt

hat. Ist der Oberste Rechnungshof jetzt auch unsachlich und profilierungssüchtig? Leider hat tatsächlich jemand überhaupt kein Profil gezeigt. – Das waren alle zuständigen Minister.

Der Oberste Rechnungshof bemängelt, dass es zu wenige Kontrollen gegeben hat, dass Proben zu lange gedauert haben und es keine wirksame Korruptionsbekämpfung gegeben hat. Mein Vorredner hat das schon aufgezählt. Der Bericht wirft auch kein gutes Licht auf die Handhabung der Vorschriften durch die Behörden. Vollzugshinweise und ministerielle Rundschreiben sind komplex und nicht aufeinander abgestimmt. Was brauchen unsere Aufsichtsbehörden? – Sie brauchen einheitliche Vollzugshinweise. Wir schlagen ein einheitliches Kontrollhandbuch vor, das praktikabel ist und für alle Behörden gleichermaßen gilt. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Bericht werden Missstände beschrieben, die schon längst hätten auffallen müssen. Wo bleibt eigentlich die interne Revision? Gibt es die überhaupt? Oder wird nur alles penibel dokumentiert und anschließend abgeheftet? Viele der Informationen im Bericht hätte man schon lange durch einfaches Befragen der vollziehenden Beamten herausbekommen können. Vielleicht wollte man es so genau gar nicht wissen.

Was hat man in der Staatsregierung eigentlich aus den vergangenen Lebensmittelskandalen gelernt? – Ich meine, nicht viel. Nehmen wir einmal die Korruptionsprävention. Es ist gut gemeint, dass die Amtstierärzte und die Veterinärassistenten rotieren sollen. Das funktioniert aber in den kleinen Einheiten der Landratsämter nicht. Welche Konsequenz hat man daraus gezogen? – Keine. Man hat einfach so weitergemacht wie bisher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht so nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben einen Antrag eingereicht, der einige Sofortmaßnahmen aus dem ORH-Bericht aufgreift. Dazu zählt die Verpflichtung der Labors, positive Ergebnisse sofort den Behörden mitzuteilen. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass das Labor die Behörden informiert und nicht nur den Betreiber, der diese Informationen möglicherweise gar nicht weitergibt.

Wir fordern die Erhöhung des Budgets für Fortbildungen. Es ist doch ein Armutszeugnis, wenn Mitarbeiter ihre Fortbildungen selber zahlen müssen, weil dafür das Budget nicht reicht.

Kurz und gut: Der ORH-Bericht kommt spät, aber nicht zu spät. Nun muss das Ruder herumgerissen werden. Wir brauchen eine völlige Neustrukturierung der Lebensmittelkontrolle. Aus Lebensmittelskandalen hat die Staatsregierung bisher nichts gelernt. Das Beste, was aus diesem Hause gekommen ist, ist der nun vorliegende Bericht. Nehmen Sie ihn so ernst, wie er gemeint ist – sonst ist es nur eine Frage der Zeit bis zum nächsten Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Den Anträgen der FREIEN WÄHLER und der SPD werden wir zustimmen. Bei dem Antrag der CSU werden wir uns enthalten, da es sich um einen Wischi- Waschi-Antrag handelt, wie wir ihn von der CSU gewohnt sind. Er verdirbt jedoch nichts, wir werden uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwischenbemerkung

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Steinberger, bitte. Frau Staatsministerin, bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben uns vorher erklärt, dass der Bericht des Obersten Rechnungshofs überhaupt nichts mit dem Bayern- Ei-Skandal zu tun hätte. Dem muss ich vehement widersprechen; denn wenn es den Bayern-Ei-Skandal nicht gegeben hätte, hätte es auch den Bericht des Obersten Rechnungshofs nicht gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir begrüßen es sehr, dass das System der Lebensmittelkontrollen in Bayern insgesamt begutachtet worden ist. Ein Satz steht aber in diesem Gutachten, und den möchte ich Ihnen vorlesen, denn er beschäftigt sich genau mit dem Bayern-Ei-Skandal. Der Satz lautet:

Sollte sich bei dieser amtlichen Untersuchung der Verdacht auf eine Infektion mit Salmonellen der Kategorie 1 durch tatsächlichen Nachweis bestätigt haben, dürfen ab dem Zeitpunkt dieser amtlichen Feststellung und solange die Infektion mit Salmonellen fortbesteht, die Eier nur eingeschränkt verwertet und nicht unmittelbar an den Verbraucher weitergegeben werden.

Genau das ist aber im August 2014 passiert, Frau Ministerin. Zwischen dem 5. August und dem 1. September 2014 wurden Eier aus Straubing mit immer noch positivem Salmonellenbefund an die Endverbraucher abgegeben. Ich würde Sie bitten, das zu kommentieren; denn genau das war der Ausgangspunkt unserer Kritik. Daran sieht man, dass es tatsächlich Missstände gegeben hat. Deshalb bitte ich Sie darum, diesen einen Satz in Verbindung mit dem Bayern-Ei-Skandal noch zu kommentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Steinberger, im Gutachten steht explizit – und das habe ich am Anfang meiner Ausführungen gesagt –, dass der ORH nicht beauftragt war, den Fall Bayern- Ei zu untersuchen, sondern dass er ein strukturelles Gutachten zu erstellen hatte. Außerdem bin ich der Meinung, dass wir nach drei Ausschusssitzungen von jeweils drei bis vier Stunden hinreichend über die Vorfälle diskutiert haben und ich Ihnen dabei alles dargestellt habe. Jetzt bitte ich Sie, nach vorne zu schauen und uns dabei zu unterstützen und zu begleiten, dass wir die Reformvorschläge des ORH prüfen und bewerten, um nachher zu einer Neuaufstellung unserer Lebensmittelüberwachung und unseres Veterinärwesens zu kommen.